

Biden verbietet Offshore-Ölbohrungen in 625 Millionen Acres Meer

Präsident Biden verhängt ein dauerhaftes Verbot für Offshore-Bohrungen in 625 Millionen Acres US-Meeresgebiet. Dies könnte die Umkehrung durch die Trump-Administration erheblich erschweren. Lesen Sie mehr über diese bedeutende Entscheidung.

Am Montag kündigte Präsident Joe Biden eine Exekutivmaßnahme an, die die künftige Entwicklung von Offshore-Öl- und Gasvorkommen in bestimmten Teilen der Atlantik- und Pazifikküsten dauerhaft verbieten wird. Dieses Verbot könnte für die bevorstehende Trump-Administration besonders schwer rückgängig zu machen sein.

Umfang des Verbots

Bidens Exekutivmaßnahme wird neue Öl- und Gasverträge über eine Fläche von 625 Millionen Acres US-amerikanischen Gewässern untersagen. Dieses Verbot umfasst die gesamte Ostküste, den östlichen Golf von Mexiko, die Küsten von Washington, Oregon und Kalifornien sowie Teile des Nordbärenmeeres in Alaska.

Gründe für das Verbot

„Meine Entscheidung spiegelt wider, was Küstengemeinden, Unternehmen und Strandbesucher schon lange wissen: dass Bohrungen vor diesen Küsten irreversiblen Schaden an Orten verursachen könnten, die wir schätzen, und dass sie nicht notwendig sind, um den Energiebedarf unseres Landes zu

decken“, erklärte Biden in einer Stellungnahme. „Die Risiken sind es nicht wert.“

Bedeutung der rechtlichen Grundlage

Die Maßnahme, über die **CNN am Freitag berichtete**, beruft sich auf das Gesetz über die Außengewässer (Outer Continental Shelf Lands Act) von 1953, das dem Präsidenten weitreichende Befugnisse verleiht, um Bundesgewässer von zukünftigen Öl- und Gasverträgen auszuschließen.

Herausforderungen für die zukünftige Administration

Das Gesetz gibt dem Präsidenten jedoch keine ausdrückliche Befugnis, die Maßnahme zurückzunehmen und die Bundesgewässer wieder der Entwicklung zuzuführen. Das bedeutet, dass **der designierte Präsident Donald Trump** den Kongress dazu bewegen müsste, das Gesetz zu ändern, bevor er Bidens Entscheidung zurücknehmen kann.

Umweltschutz und politische Unterstützung

Während Bidens Präsidentschaft sich dem Ende zuneigt, haben Umwelt- und Klimaschutzgruppen dafür plädiert, Gebiete im östlichen Golf von Mexiko sowie andere Teile der Atlantik- und Pazifikküste zu schützen und damit künftige Bohrungen zu verhindern. Diese Maßnahme würde zukünftige Ölverschmutzungen verhindern und die Emission von klimaschädlichen Abgasen aus fossilen Brennstoffen reduzieren.

„Präsident Bidens neue Schutzmaßnahmen erweitern diese bipartisane Geschichte, einschließlich der früheren Rückzüge von Präsident Trump in den Südosten der USA im Jahr 2020“, sagte Joseph Gordon, Kampagnendirektor von Oceana, in einer Stellungnahme. „Unsere geschätzten Küstengemeinschaften sind nun für zukünftige Generationen geschützt.“

Reaktionen aus der Industrie

Die Ölindustrie äußerte jedoch scharfen Widerspruch gegen die Exekutivmaßnahme. „Präsident Bidens Entscheidung, die neuen Offshore-Öl- und Erdgasentwicklungen über etwa 625 Millionen Acres US-küstennaher Gewässer zu verbannen, ist erheblich und katastrophal“, erklärte Ron Neal, Vorsitzender des Offshore-Ausschusses der Independent Petroleum Association of America. „Dies ist ein massiver Angriff auf die Öl- und Erdgasindustrie.“

Neal wies darauf hin, dass das Verbot die Zukunftsperspektiven der Industrie für die Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen erheblich einschränken wird, was der langfristigen Überlebensfähigkeit der Branche schadet.

Bipartisaner Konsens für Küstenschutz

Biden betonte jedoch in seiner Stellungnahme, dass der Schutz der Küsten vor Offshore-Bohrungen parteiübergreifende Unterstützung genießt. „Von Kalifornien bis Florida haben republikanische und demokratische Gouverneure, Mitglieder des Kongresses und Küstengemeinden gemeinsam für einen besseren Schutz unserer Meere und Küsten vor den Schäden, die Offshore-Öl- und Erdgasbohrungen mit sich bringen können, gearbeitet und gefordert“, sagte Biden.

Außerdem argumentierte er, dass das Verbot, das er nach der verheerenden Ölpest der Deepwater Horizon im Jahr 2010 erließ, helfen wird, ähnliche ökologische Katastrophen in Zukunft zu verhindern. „Jeder Präsident in diesem Jahrhundert hat erkannt, dass bestimmte Bereiche des Ozeans einfach zu riskant oder zu sensibel für Bohrungen sind“, sagte Drew Caputo, Vizepräsident von Earthjustice für Rechtsstreitigkeiten im Bereich Land, Wildtiere und Ozeane.

Ökonomische Auswirkungen der Maßnahme

Energieanalysten sagten gegenüber CNN, dass die Maßnahme die US-Ölproduktion, die unter Biden neue Rekorde erreicht hat, kaum beeinflussen wird. Tom Kloza, globaler Leiter der Energieanalyse beim Oil Price Information Service, stellte fest, dass es bereits zahlreiche Offshore-Anlagen im Golf von Mexiko gibt und dass Offshore-Projekte in der Regel 6 bis 8 Jahre benötigen, um in Betrieb zu gehen. „Ich sehe darin keinen wirklichen Einfluss auf das US-Angebot, Exporte oder Importe“, sagte Kloza.

Biden stimmte zu und argumentierte, dass der Schutz der Umwelt und der Küsten dazu beitragen wird, dass die lokalen Volkswirtschaften gedeihen. „Wir müssen uns nicht zwischen dem Schutz der Umwelt und dem Wachstum unserer Wirtschaft entscheiden oder zwischen der Gesundheit unserer Ozeane, der Widerstandsfähigkeit unserer Küsten und der Sicherheit der Lebensmittel entscheiden, die sie produzieren, und niedrigen Energiepreisen“, sagte Biden. „Das sind falsche Entscheidungen.“

Weitere Ankündigungen der Biden-Administration

Trotz der Bedenken der Ölindustrie wurde Bidens Entscheidung scharf kritisiert. Mike Sommers, CEO des American Petroleum Institute, äußerte sich in einer Stellungnahme: „Die amerikanischen Wähler haben eine klare Botschaft zugunsten der inländischen Energieentwicklung gesendet, und doch nutzt die derzeitige Administration ihre letzten Tage im Amt, um einen Rekord zu festigen, alles zu tun, um diese zu beschränken.“

Zusätzlich wird die Biden-Administration voraussichtlich in der kommenden Woche zwei neue Nationalmonumente in Kalifornien verkünden. Eine vertrauliche Quelle gab an, dass Biden das Chuckwalla National Monument im Süden Kaliforniens in der Nähe des Joshua Tree Nationalparks und das Sattitla National Monument im Norden Kaliforniens einrichten wird, nachdem einheimische Stämme aktiv um den Schutz des Landes

vor Energieanlagen kämpfen.

Bislang hat Biden als Präsident bereits **zehn Nationalmonumente erhalten oder erweitert**.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at